

Flüchtiger Wohlfahrtsstaat, grassierende Ängste? Subjektive Perspektiven

Nadine M. Schöneck & Silke Bothfeld

Vertrauen in den Wohlfahrtsstaat? Die Wahrnehmung sozialer Aufstiegsmöglichkeiten im Ländervergleich

Einleitung

Das zentrale Ziel des modernen Wohlfahrtsstaates besteht in der Sicherung der physischen und sozialen Existenz seiner Bürger*innen. Durch die Bereitstellung sozialer Sicherungssysteme sowie sozialer und Bildungsdienstleistungen trägt der Wohlfahrtsstaat zur Reduzierung von Ängsten vor Existenznoten und sozialem Abstieg bei und verspricht den Bürger*innen prinzipiell die gleichen sozialen Aufstiegsmöglichkeiten. Das Zusammenwirken aus staatlicher und individueller Verantwortlichkeit verdichtet sich in der „Wohlfahrtskultur“ (Kaufmann 1991) eines Wohlfahrtsstaates. Soziale und politische Rechte, grundsätzliche Chancengleichheit und das hierauf basierende Vertrauen der Bürger*innen, durch eigene Leistung sozial aufsteigen bzw. einen einmal erreichten Status bewahren zu können, bilden den Kern des Gerechtigkeitsempfindens moderner Gesellschaften (Hadjar 2008). Im Idealfall vertrauen die Bürger*innen in die wohlfahrtsstaatlichen Institutionen; aus dieser Zustimmung leitet sich die Legitimation des modernen Wohlfahrtsstaats ab. Soziale Ängste hingegen resultieren aus wohlfahrtsstaatlichem Rückbau, unzureichendem Schutz vor Armut und eingeschränkten sozialen Aufstiegsmöglichkeiten (Betzelt/Bode 2017). Sie sind die Kehrseite dieses Institutionenvertrauens.

Allerdings ist der Wohlfahrtsstaat in zahlreichen Ländern der OECD in den vergangenen drei Jahrzehnten durch vielfältige Effekte einer intensivierten Globalisierung und damit einhergehende veränderte Erwartungshaltungen zunehmend unter Druck geraten (für einen Überblick siehe Bonoli/Natali 2012). Da er seine originären Versprechen immer weniger einzulösen vermag, sinkt in weiten Teilen westlicher Gesellschaften das Vertrauen in den Wohlfahrtsstaat: So reicht heute beispielsweise die Sorge, einen einmal realisierten sozio-ökonomischen Status nicht auf Dauer halten bzw. ihn nicht an die nächste Generation weitergeben zu können, in Deutschland bis in die Mittelschichten hinein (Schöneck et al. 2011). Dementsprechend ist vielfach von der „Angst der Mittelschicht“ (Vogel 2009) oder der „Abstiegsgesellschaft“ (Nachtwey 2016) die Rede. Betzelt und Bode (2017: 195) thematisieren diese Beobachtung als eine

Folge der „Entsicherung“ der etablierten Sozialsysteme im liberalisierten Wohlfahrtskapitalismus.

Ohne dass die tradierten Funktionen der Sozialpolitik – die Reduzierung sozialer Ungleichheit oder, in den Sozialstaaten des Bismarck-Typs, der Schutz des sozialen Status – eine politische Rehabilitation erfahren hätten, ist die Bildungspolitik als fundamentale Gelingensbedingung für einen sozialen Aufstieg in den Mittelpunkt des sozialpolitischen Interesses gerückt. Ausgangspunkt ist hierbei die Erkenntnis, dass Bildungsbeteiligung und -erfolg in zahlreichen Ländern der OECD ebenso wie soziale Aufstiege und Armut eine starke Herkunftsabhängigkeit aufweisen (siehe hierzu den Überblick in Becker/Hadjar 2017). Aus der Identifikation der intergenerationalen Weitergabe von Bildungs- und Lebenschancen begründet sich die Entwicklung des sozialpolitischen Paradigmas eines „Sozialinvestitionsstaates“. Dieses Programm erkennt die unzureichende Wirksamkeit westlicher Wohlfahrtsstaaten hinsichtlich ihres Potenzials, soziale Ungleichheit zu reduzieren, an und thematisiert offensiv die nicht zuletzt in Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise (2008/09) verschärften Polarisierte- und Exklusionstendenzen innerhalb vieler OECD-Länder (Esping-Andersen et al. 2002; Hemerijck 2013; Hemerijck 2015;).

Vor diesem Hintergrund gilt unser Forschungsinteresse der Frage, inwiefern sozialinvestive Policies sozio-ökonomische Ängste, die aus eingeschränkten sozialen Aufstiegmöglichkeiten entstehen, reduzieren können. Wir nehmen beispielsweise an, dass höhere Bildungsausgaben eine erfolgreichere Bildungspolitik ermöglichen, die Kindern aus sozial benachteiligen Herkunfts familien einen sozialen Aufstieg erleichtert, oder dass höhere Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitiken einen schnelleren Übergang von Arbeitslosigkeit in Beschäftigung erlauben. Diese Arten von *Policies* müssten mithin zu einem größeren Vertrauen der Bürger*innen führen, einen sozialen Aufstieg aus eigener Kraft – etwa durch Bildungsanstrengungen – zu schaffen. Kurz gefasst: Wir begreifen das Vertrauen der Bürger*innen in die Geltung meritokratischer Prinzipien für einen sozialen Aufstieg als einen wesentlichen Indikator für sozialpolitisches Institutionenvertrauen – und als Ausdruck geringerer sozialer Ängste. Unserer forschungsleitenden Frage gehen wir mit Individualdaten des *International Social Survey Programme 2009* (Modul „Social Inequality IV“) sowie Policy-Indikatoren, die auf Länderebene Umfang und Effekte ausgewählter Sozialinvestitionsstrategien abbilden, nach.

Unser Aufsatz ist wie folgt aufgebaut: In Kapitel 1 beleuchten wir die für unsere Fragestellung relevanten theoretischen Aspekte. In Kapitel 2 stellen wir die Anlage unserer empirischen Untersuchung vor. Kapitel 3 dient der Präsentation und Interpretation unserer empirischen Befunde. In Kapitel 4 formulieren wir Schlussfolgerungen für die Bedeutung sozialinvestiver Politikstrategien.

1. Theoretischer Hintergrund

Im modernen, westlich geprägten Wohlfahrtsstaat der Nachkriegsjahrzehnte galten die Konfliktlinien zwischen Kapital und Arbeit als entschärft und die hierarchische Gesellschaftsstruktur als zunehmend durchlässig, weil der gestiegene Wohlstand und die Bildungsexpansion immer mehr Menschen soziale, kulturelle und politische Teilhabe ermöglichten (Beck 1986). Diese Wohlfahrtsgewinne werden durch zwei Entwicklungen erklärt: Zum einen zielt der moderne Wohlfahrtsstaat auf die Reduzierung sozialer Ungleichheit und damit auf die Vergrößerung der Chancengleichheit seiner Bürger*innen. Zum anderen wird durch den technologischen Wandel die Rolle des Kapitals als Produktionsfaktor zunehmend durch den Faktor Wissen ersetzt (Bell 1975): Prinzipiell wird damit nun auch materiell unvermögenden, jedoch strebsamen und bildungsbeflissen Gesellschaftsmitgliedern die Möglichkeit eines Aufstiegs in gehobene soziale Schichten eröffnet. Als Folge verbesserter Aufstiegsmöglichkeiten, so war zu erwarten, würden auch soziale Ängste vor Abstieg und Statusverlust abnehmen und das Vertrauen in wohlfahrtsstaatliche Institutionen zunehmen. Auf dieser Sichtweise basiert die meritokratische Leitnorm, nach der die soziale Positionierung eines Individuums von dessen Leistungsfähigkeit und -bereitschaft abhängen soll.

Allerdings zeigt sich trotz wohlfahrtsstaatlicher Expansion und erst recht in Anbetracht der neuen, sozialpolitisch zu bewältigenden Herausforderungen, die durch Flexibilisierung und Deregulierung von Arbeitsmärkten und Beschäftigungsstrukturen, den Übergang zur Dienstleistungsgesellschaft, die Destabilisierung von Familienstrukturen und jüngst auch durch die Digitalisierung von Produktion und Dienstleistungserbringung entstanden sind, dass bestehende Ungleichheitsstrukturen nicht in weithin erwünschtem Maß reduziert werden konnten, Langzeitarbeitslosigkeit und verfestigte Armut vielfach fortbestehen und Statusängste sich sogar bis in die soziale Mittelschicht ziehen. Der Glaube an die Geltungskraft des meritokratischen Prinzips (wenn dieses als Ausdruck für Vertrauen in wohlfahrtsstaatliche Institutionen und die Abwesenheit sozialer Ängste verstanden werden kann) ist somit keinesfalls ein Selbstläufer. Was bedarf es also, damit das Vertrauen der Menschen in dieses Prinzip hoch ist? Welchen Beitrag kann die Sozialpolitik hierzu leisten?

1.1 Sozialpolitik soll Vertrauen schaffen – und sozio-ökonomische Ängste reduzieren

Wenn das Gemeinwohl eines demokratischen Rechtsstaates in der Sicherstellung eines hohen Maßes an sozio-ökonomischer Teilhabe und Autonomie sei-

ner Bürger*innen besteht, so bedeutet dies im Umkehrschluss die Reduzierung von sozio-ökonomischen Ängsten (z.B. Sorgen vor Statusverlust und Existenznoten) sowie die Zusicherung sozialer Aufstiegsmöglichkeiten. Beides zählt zu den zentralen sozialpolitischen Zielsetzungen. Ein generös ausgebauter, effektiver Sozialstaat vermag also Ängste zu reduzieren, während der Sozialstaat sich im „liberalisierten Wohlfahrtskapitalismus“ (Betzelt/Bode 2017) in vielerlei Hinsicht als unzulänglich erweist.

Entsprechend hat die vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung gezeigt, dass Institutionen – hier: Form und Ausmaß sozialer Rechte – unterschiedliche soziale Stratifikationsmuster hervorbringen. Esping-Andersen (1990) argumentiert, dass die für die jeweiligen Wohlfahrtsstaaten typischen vertikal angeordneten Schichten erst in Folge sozialpolitischer Interventionen entstehen. Korpi und Palme (1998) haben dieses Argument weitergeführt und auf die hohe Bedeutung des Umfangs der umverteilten Mittel hingewiesen: Das Volumen der Umverteilung ist in Systemen, die auf Sozialversicherungsbeiträgen basieren, sehr viel höher als in solchen, die auf steuerfinanzierte (Mindest-)Leistungen abzielen. Grundsätzlich bringen Sozialversicherungssysteme daher, auch wenn sie statuswährend sind, nicht zwingend ein höheres Ausmaß an sozio-ökonomischer Ungleichheit hervor.

Grundsätzlich wird aber dennoch der ‚alte‘ Wohlfahrtsstaat kontinentaleuropäischer Provenienz dafür kritisiert, dass er, erstens, zu einer Verfestigung von Ungleichheit geführt habe (Palier/Martin 2007). Die Veränderungen der Erwerbsformen, die Schwächung des Tarifsystems und der Rückbau von Teilen des sozialen Sicherungssystems in den vergangenen drei Jahrzehnten trugen zu einer sozialen und politischen Marginalisierung von Geringqualifizierten und prekär Beschäftigten bei (Kronauer 2002). Prägend ist dabei die Erfahrung, dass sich teilweise massenhaft benachteiligte Lebenslagen, hervorgerufen durch geringe Qualifikation und Langzeitarbeitslosigkeit, in bestimmten Segmenten der Gesellschaft verfestigt haben, was – angesichts kontinuierlich gestiegener Sozialausgaben – einseitig und vorschnell als Versagen und mangelnde Anpassungsfähigkeit des sozialstaatlichen Gefüges insgesamt interpretiert wurde (vgl. Palier/Martin 2007).

Hinzu kommt, zweitens, dass durch die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte und die sozialpolitische Strategie der Aktivierung das ursprüngliche Sicherheitsversprechen, den einmal erreichten Sozialstatus zu schützen, unterlaufen wird. Vor allem für Deutschland wird hier ein grundlegender Paradigmenwechsel diagnostiziert, weil das Grundprinzip der Statussicherung aufgegeben wird (siehe u.a. Bleses/Seelieb-Kaiser 2004). Angebotsseitig geprägte arbeitsmarktpolitische Strategien und durch den technologischen Wandel weiter zunehmende Flexibilisierungsanforderungen (Stichwort: „Digitalisierung“) stellen traditionelle Schutzvorrichtungen infrage. Die gesellschaftliche Verunsicherung und

die wachsenden sozio-ökonomischen Ängste, die hieraus resultieren, werden heute als Effekt der „Entsicherung“ (Betzelt/Bode 2017: 195) thematisiert. Danach würde soziale Sicherheit immer weniger als Normalfall empfunden, und die Folgen sozialer Risiken würden weniger kalkulierbar. Auch hierdurch büßt die Sozialpolitik ihren Ängste reduzierenden Charakter ein (Betzelt/Bode 2017: 199).

Und auch ein drittes Versprechen blieb uneingelöst: Der bis in die frühen 1970er Jahre reichende, in weiten Teilen der Gesellschaft verbreitete soziale Aufstiegs optimismus war verbunden mit einer expansiven Bildungspolitik, die das *golden age* des westlichen Wohlfahrtsstaates maßgeblich kennzeichnete (Weymann 2016). An massiv erweiterte Bildungsmöglichkeiten war folglich die Hoffnung auf eine Reduzierung sozialer Ungleichheit geknüpft. Allerdings zeigte sich bald, dass sowohl die Herkunftsabhängigkeit sozialer Aufstiegsmöglichkeiten als auch – in der Konsequenz – die Ungleichheit zwischen den sozialen Schichten weitestgehend erhalten blieben, wenn nicht gar zunehmen. Speziell Deutschland wird attestiert, dass Bildungs- und mithin Erwerbs- und Lebenschancen stark durch soziale Herkunft geprägt sind (Becker/Lauterbach 2016; Maaz 2017). Damit musste das sozialdemokratische Gesellschaftsprojekt der 1970er Jahre als gescheitert gelten. Der Wunsch der Menschen nach sozio-ökonomischer Teilhabe ist – ebenso wie ihre Hoffnung, durch besondere Anstrengungen in Bildungs- oder Erwerbsaktivitäten ihr Leben selbst gestalten zu können – dagegen ungebrochen.

1.2 Meritokratie – eine brüchige Leitnorm moderner Gesellschaften

Die Idee der Meritokratie bedeutet in der soziologischen Tradition Émile Durkheims (1992 [1893]), dass soziale Positionen im hierarchischen Ungleichheitsgefüge auf *individuelle* Leistungen und Verdienste zurückzuführen sind, die aus Talent einerseits und Bemühungen andererseits resultieren. Ungleiche Besitz- und Machtverhältnisse werden folglich mit individuellen Unterschieden hinsichtlich naturegebener Voraussetzungen und (Bildungs-)Anstrengungen legitimiert (Davis/Moore 1945; Parsons 1940). Die von Michael Young (2008 [1958]) geprägte Kurzformel „I.Q. + effort = merit“ erscheint so plausibel, dass die meisten Menschen es intuitiv als sozial gerecht akzeptieren, wenn unterschiedliche Verdienste als Gradmesser für unterschiedliche Belohnungen dienen (Becker/Hadjar 2017; Hadjar 2008; Hadjar 2015).

Diese meritokratische Grundidee wurde im modernen Wohlfahrtsstaat zur gesellschaftlichen Leitnorm, da die expansive Bildungspolitik der 1960er und 1970er Jahre Chancengleichheit garantieren und die sozialen Sicherungssysteme im Fall eines Risikoeintritts für Kompensation sorgen würden (Burkhart 1984). Zahlreiche Untersuchungen weisen nach, dass die Grundidee der Meri-

tokratie bis in die Gegenwart positiv konnotiert ist, soziale Ungleichheit also weithin meritokratisch legitimiert wird, und dass das Vertrauen in die Geltung meritokratischer Prinzipien sozialen Aufstiegs im Allgemeinen hoch ist (Ledgerwood et al. 2011; McCoy/Major 2007) – selbst unter Angehörigen unterer sozialer Schichten (Barnes 2002; Goode et al. 2014; Jost/Hunyady 2003; Jost et al. 2003; Jost et al. 2004). Entsprechend wird diese Norm der Leistungsgerechtigkeit regelmäßig in sozialpolitischen Grundsatzdebatten bemüht: Dass Leistung sich lohnen müsse, gesellschaftliche Leistungsträger besonders schützenswert seien, und dass soziale Ungleichheit letztlich mit unterschiedlicher Leistung zu rechtfertigen sei – all dies reflektiert die (bisweilen unkritische) Anerkennung der meritokratischen Norm und des Prinzips der Leistungsgerechtigkeit, die sich hieraus ableitet (Nullmeier 2010).

Aus ungleichheits- und insbesondere bildungssoziologischer Perspektive wird die Geltung des meritokratischen Prinzips für einen sozialen Aufstieg allerdings infrage gestellt. Konsensfähig ist die Ansicht, dass Kompetenzen *auch* biologisch gegeben und damit zunächst prinzipiell unabhängig von sozialer Herkunft sind (Becker/Hadjar 2017). Demnach würden ungleiche Belohnungen entlang individueller Eigenschaften verteilt und als gerecht – weil nach dem Zufallsprinzip verteilt – empfunden (für eine Zuspitzung dieser Idee und das Gedankenexperiment der Herrschaft einer Leistungselite vgl. Young 2008 [1958] und die Diskussionen in Dench 2008). Die Realität spiegelt dies jedoch nicht wider: Tatsächlich sind individuelle Fähigkeiten und sozialer Status eng miteinander ‚verschmolzen‘ (Burkhart 1984), sodass eine meritokratische Sicht auf soziale Ungleichheit deren Ursachen in unangemessener, wenn nicht gar unzulässiger Weise auf die Verantwortlichkeit des Individuums zurückführt; in gesellschaftspolitisch-kritischer Auseinandersetzung gerät das Meritokratieprinzip daher sogar unter Ideologieverdacht (Lister 2006; für eine Zusammenfassung der Kritik am Konzept der Meritokratie vgl. auch Becker 2017).

Der meritokratischen Leitnorm zuwiderlaufend, hat die bildungssoziologische Forschung deutlich herausgearbeitet, dass soziale Herkunft und Bildungs-, Erwerbs- und letztlich Lebenschancen überaus eng miteinander verknüpft sind (Boudon 1974; Breen/Goldthorpe 1997; OECD 2010; OECD 2012), ganz besonders in Deutschland (Becker/Lauterbach 2016; Esping-Andersen 2015; Maaz 2017). Zwar sind bildungsvermittelte soziale Aufstiege für jüngere Kohorten auch in Deutschland wahrscheinlicher geworden, ‚Arbeiterkinder‘ haben jedoch noch immer deutlich geringere Aufstiegschancen als ‚Mittelschichtskinder‘; zudem haben sie ein höheres Risiko, soziale Abstiege zu erfahren (Becker/Hadjar 2017: 46). Der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungsteilhabe und -erfolg, der konsensual als Voraussetzung für einen sozialen Aufstieg gilt, ist in allen Gegenwartsgesellschaften vorfindbar; allerdings

variiert die Stärke dieses Zusammenhangs sowohl zwischen den Ländern als auch im Zeitverlauf (Solga 2005: 20).

In den Fokus geraten daher länderspezifische Bildungssysteme, die im Hinblick auf ihre sozialselektive Wirkung untersucht werden. So zeigt etwa Solga, dass deren konkrete Ausgestaltung insbesondere bei den Übergängen zwischen den einzelnen Bildungsabschnitten hochgradig relevant ist: „Je mehr Übergänge [...] es quasi zu entscheiden gibt, desto größer ist die Gefahr herkunftsabhängiger Kanalierungen im Bildungssystem“ (Solga 2005: 31). Brown verweist auf den in Großbritannien, den USA, Australien und Neuseeland zu beobachtenden zunehmenden Einfluss elterlicher Wünsche hinsichtlich der Bildungslaufbahnen ihrer Kinder und bezeichnet diese Abkehr von meritokratisch fassbaren Leistungsfähigkeiten und -bereitschaften als „ideology of parentocracy“ (Brown 1990: 65). In ähnlicher Weise argumentiert auch Saunders (Saunders 2010): Die Beobachtung sozialen Mobilitätsgeschehens in Großbritannien lasse nicht den Schluss zu, Kinder aus benachteiligten Familien würden grundsätzlich strukturell benachteiligt und meritokratische Zuteilungsmechanismen seien daher aufzugeben; vielmehr bestünde das eigentliche Problem darin, dass unzureichendes elterliches Engagement in weiten Teilen unterer Sozialschichten zu wenig durch staatliche Bildungspolitik kompensiert würde. Auch Lacy's Beschreibung des US-amerikanischen Schulsystems, in dem kulturelles Kapital für individuellen Bildungserfolg an Bedeutung gewinnt und damit ‚Mittelschichtskinder‘ gegenüber ‚Arbeiterkindern‘ begünstigt, lässt ähnliche Schlüsse zu (Lacy 2015). In modernen marktorientierten und kredentialistisch arrangierten Gesellschaften, so ein weiterer Befund, tragen schließlich Bildungszertifikate ihrerseits zu sozialer Schließung bei (Collins 1979).

1.3 *Der Ansatz des Sozialinvestitionsstaates*

Der Ansatz des Sozialinvestitionsstaates zielt genau auf das Problem der starken Kopplung von sozialer Herkunft und Lebenschancen, denn er sensibilisiert für die zentrale Ursache sozialer Ungleichheit: Sozialinvestitionsstrategien sind darauf ausgerichtet, die intergenerationale Weitergabe von benachteiligten Lebenslagen zu durchbrechen (Jenson/Saint-Martin 2005). So wurde das Konzept der Sozialinvestition als Kern einer Sozialpolitikstrategie in Reaktion auf Schwächen des ‚alten‘ Wohlfahrtsstaates entwickelt (Esping-Andersen et al. 2002). Ziel ‚neuer‘ Sozialstaatlichkeit sollte sein, die Chancengleichheit durch eine verbesserte schulische und berufliche Bildung zu stärken und die Integration in den Arbeitsmarkt durch eine aktivierende Arbeitsmarktpolitik und – insbesondere auf die nicht- oder nur teilzeiterwerbstätigen Frauen zielend – eine konsistente Vereinbarkeitspolitik zu unterstützen. In dem sich nach und nach entwickelnden Konzept stehen sozialpolitische Funktionen, die Statuspassagen

moderieren, im Zentrum der Aufmerksamkeit. Ausgaben für Bildung und aktive Arbeitsmarktpolitiken werden dabei neo-keynesianisch als Investitionen eines modernen Leistungsstaates verstanden (Hemerijck 2015, siehe hierzu auch ausführlich Hemerijck 2017). Damit haben Sozialinvestitionsstrategien zumindest implizit auch die Reduzierung sozialer Ungleichheit durch forcierte Bildungs- und Arbeitsmarktteilhabe zum Ziel (Morel et al. 2012). Politisch erscheint das Sozialinvestitionskonzept attraktiv, weil es einerseits als neue sozialdemokratische Politikstrategie den Abbau sozialer Ungleichheiten in den Fokus rückt, zugleich aber – entsprechend einem liberalen Politikverständnis – dediziert auf die Herstellung von Chancengleichheit setzt. Das Sozialinvestitionsparadigma betont damit die meritokratische Leitnorm moderner Gesellschaften, der zufolge sozialer Erfolg das Ergebnis individueller Fähigkeiten und Leistungen sein soll (Morel/Palme 2017).

Entsprechende Policies sind in allen entwickelten Wohlfahrtsstaaten in unterschiedlichen Varianten vorzufinden (Bothfeld/Rouault 2015; Bouget et al. 2015): Führend sind hierbei die skandinavischen Staaten mit ihrer ausgeprägten Tradition der an möglichst umfassender sozialer Gleichheit orientierten Strategie politischer Intervention, die ihren Ausdruck vor allem im Prinzip des Universalismus im Zugang zu allen Transfer- und Dienstleistungen findet (Morel et al. 2012). Demgegenüber verfolgen die kontinentaleuropäischen Wohlfahrtsstaaten bildungspolitische Strategien, die im Effekt – wie oben bereits erwähnt – vorliegende sozio-ökonomische Ungleichheiten eher konservieren, wenn nicht gar verstärken.

Wenn also auch *qualitative* Aspekte von Bildungspolitik betrachtet werden sollen, müssen Varianten bzw. Grade, nach denen Sozialinvestitionsstrategien adaptiert werden, nicht nur anhand des Umfangs der Investitionen (z.B. Höhe der Bildungsausgaben), sondern auch hinsichtlich sozialselektiv-institutioneller Mechanismen (z.B. ein mehrgliedriges Schulsystem) und ihrer quantifizierbaren Effekte (z.B. intergenerationale Bildungsaufstiege) differenziert und beurteilt werden.

Es ist jedoch nicht zwingend davon auszugehen, dass eine durch erhöhte Bildungsinvestitionen provozierte (und auch legitimierte) Stärkung des meritokratischen Prinzips die sozio-ökonomischen Ängste *aller* Menschen reduziert. Vielmehr ist eine sozialpolitische Strategie, die primär auf ‚mehr Bildung‘ setzt, ambivalent: Einerseits wird den Menschen mehr Eigenverantwortung für individuelles Fortkommen zugebilligt, sodass ihnen im Idealfall, d.h. sofern sie hinreichend leistungsfähig sind, eine höhere Kontrollmöglichkeit über die Entwicklung der eigenen Lebenslage zur Verfügung steht. Folglich könnte es zu einer Reduzierung sozio-ökonomischer Ängste kommen. Andererseits dürften sich weniger selbstbewusste oder weniger leistungsfähige Menschen durch die starke Betonung der Eigenverantwortung überfordert fühlen und möglicherwei-

se sozio-ökonomische Ängste entwickeln. Kurzum: Die angesichts der verblasenden Versprechen des ‚alten‘ konservativen Sozialstaats entstandenen Ängste werden durch eine sozialinvestive Politik nicht notwendigerweise reduziert, sofern nicht gleichzeitig der Erhalt des sozio-ökonomischen Status gesichert und ein substantieller Schutz bei Langzeitarbeitslosigkeit oder atypischer Beschäftigung gewährleistet ist.

2. Die empirische Untersuchung

2.1 Forschungsleitende Frage und Untersuchungshypothesen

Aus sozialpolitischer Perspektive interessiert uns, inwiefern eine sozialinvestive Sozialpolitik, deren Ziel im Aufbrechen von Ungleichheitsstrukturen besteht, das Vertrauen in den Wohlfahrtsstaat stärkt und mithin Ängste des Statuserhalts sowie soziale Abstiegssorgen zu reduzieren vermag. Unsere forschungsleitende Frage lautet daher: Welchen Beitrag leisten sozialinvestive Programme zur Stärkung des Vertrauens in soziale Aufstiegsmöglichkeiten aus eigener Kraft – und damit zur Reduzierung von Status- und Abstiegsängsten?

Da derartige Einstellungen nicht nur – auf der Makroebene der Länder – durch sozialpolitische Programme, sondern auch durch individuelle Lebenslagen geprägt sind, beziehen wir beide Aspekte in unsere Analysen ein. Unsere zwei Untersuchungshypothesen sind demnach:

- H1: Je sozial erfolgreicher ein Individuum im Hinblick auf Bildung, Beruf und Einkommen ist, desto eher vertraut es in die Geltung des meritokratischen Prinzips für das Gelingen sozialer Aufstiege.*
- H2: Je ausgeprägter die sozialinvestiven Strategien im Bereich der Bildungs-, Familien- und aktiven Arbeitsmarktpolitiken in einem Land sind, desto eher vertrauen Individuen in die Geltung des meritokratischen Prinzips für das Gelingen sozialer Aufstiege.*

2.2 Abhängige und unabhängige Variablen

Unsere empirischen Analysen basieren auf Daten des *International Social Survey Programme* (ISSP) aus dem Jahr 2009 (Modul „Social Inequality IV“).¹ Wir konzentrieren uns auf Befragte ab 18 Jahren, die in Ländern der OECD le-

1 Die Version 3.0.0 des ISSP 2009 wurde am 31.12.2012 veröffentlicht (ZA No. 5400). Alle Daten des ISSP werden durch die GESIS (Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften) nach Registrierung für Nutzer*innen kostenfrei zum Download bereitgestellt. Detaillierte Informationen

ben. Diese Eingrenzungen und ein listenweiser Fallausschluss fehlender Individualwerte führen zu einem Datensatz mit 22.735 Individuen in 29 Ländern der OECD (siehe Tabelle A1 im Anhang für eine Übersicht der untersuchten Länder).

Als abhängige Variablen dienen insgesamt elf Items, die individuell wahrgenommene Aufstiegsfaktoren ansprechen. Eingeleitet wurde die Abfrage nach diesen Faktoren in folgender Form: „Please tick one box for each of these [opportunities] to show how important you think it is for getting ahead in life...“ Diese elf Items bündeln wir zu drei Gruppen wahrgenommener Aufstiegsfaktoren:

- *Erworbenes Merkmale der Leistungsfähigkeit und -bereitschaft (Y1)*: (1) „having a good education yourself“; (2) „having ambition“; (3) „hard work“. Diesen im Zentrum unseres Interesses stehenden Index bezeichnen wir nachfolgend als Meritokratie-Index.
- *Zugeschriebene (Herkunfts-)Merkmale (Y2)*: (4) „coming from a wealthy family“; (5) „having well-educated parents“; (6) „a person's race“; (7) „a person's religion“; (8) „being born a man or a woman“.
- *Soziales Kapital (Y3)*: (9) „knowing the right people“; (10) „having political connections“; (11) „giving bribes“.

Den Befragten standen jeweils fünf Antwortvorgaben zur Auswahl: (1) „essential“; (2) „very important“; (3) „fairly important“; (4) „not very important“; (5) „not important at all“. Alle Items wurden umcodiert auf den Wertebereich von 0 („not important at all“) bis 4 („essential“) und entsprechend den drei Gruppen wahrgenommener Aufstiegsfaktoren zu drei additiven Indizes (Wertebereich von 0 = „not important at all“ bis 12 = „essential“) zusammengefasst.² Niedrige Indexwerte indizieren also eine geringe Bedeutung und hohe Indexwerte eine hohe Bedeutung der drei individuell wahrgenommenen Aufstiegsfaktoren.³ Wir betrachten diese drei Indizes als metrisch; dies ermöglicht uns die Berechnung multipler Regressionsmodelle (siehe Abschnitt 3.2).

Einflussgrößen, die aufgrund theoretischer Überlegungen im Hinblick auf die unterschiedlichen wahrgenommenen Aufstiegsfaktoren, unsere drei abhän-

und Dokumentationen zu allen Runden des ISSP finden sich unter <http://www.gesis.org/en/issp/home/>.

2 Cronbachs Alpha weist für die drei Indizes folgende Werte aus: 0,569 (erworbenes Merkmale); 0,702 (zugeschriebene Merkmale); 0,720 (soziales Kapital). Diese Befunde lassen erkennen, dass die jeweiligen in die Indizes eingehenden Variablen tendenziell dieselbe latente Dimension messen; die Korrelationen zwischen den jeweiligen Variablen sind hoch signifikant.

3 Mittelwerte über alle Länder: 8,74 (erworbenes Merkmale); 4,14 (zugeschriebene Merkmale); 4,71 (soziales Kapital). Standardabweichungen über alle Länder: 0,59 (erworbenes Merkmale); 0,65 (zugeschriebene Merkmale); 1,16 (soziales Kapital).

gige Variablen, relevant sein könnten, werden als unabhängige Variablen aufgenommen. Wir unterscheiden zwei Typen möglicher Einflussgrößen:

- Auf der Individualebene arbeiten wir mit fünf unabhängigen Variablen (siehe Abschnitt 3.2): (1) Geschlecht (1 = weiblich); (2) Alter in drei Gruppen (18- bis 29-Jährige = Referenzgruppe; 30- bis 64-Jährige; 65-Jährige und Ältere); (3) Bildungsabschluss in drei Gruppen (niedrig = Referenzgruppe; mittel; hoch)⁴; (4) Beschäftigtenstatus in sechs Gruppen (Vollzeit = Referenzgruppe; Teilzeit; Student; arbeitslos; im Ruhestand; Hausfrau/-mann); (5) Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen in drei Gruppen (≤ 70 Prozent des Medianeinkommens = Referenzgruppe; $> 70 \leq 150$ Prozent des Medianeinkommens; > 150 Prozent des Medianeinkommens).
- Auf der Länderebene ziehen wir sechs Policy-Indikatoren heran, um den Einfluss von Sozialpolitik auf die Einstellungen der Befragten zu überprüfen; der jeweils erste Indikator steht dabei für einen sozialinvestiven „Input“, der jeweils zweite für einen potenziellen „Output“ (siehe Abschnitt 3.3).⁵ Für Umfang und Effekt der *Bildungspolitik* wählen wir (1) die Bildungsausgaben (in Prozent des Bruttoinlandsprodukts) und (2) den Anteil der 25- bis 44-Jährigen mit tertiärem Bildungsabschluss, deren Eltern über einen höchstens sekundären Bildungsabschluss verfügen („Bildungsaufsteiger“). Für Umfang und Effekt der *Familienpolitik* nutzen wir (3) den Anteil der 3- bis 4-jährigen Kinder in vorschulischer Betreuung und (4) die Frauenerwerbsquote. Für Umfang und Effekt der *Arbeitsmarktpolitik* greifen wir zurück auf (5) die Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitiken (in Prozent des Bruttoinlandsprodukts) und (6) die Langzeitarbeitslosenquote.

2.3 Analysemethode und -strategie

Wir beginnen die Präsentation unserer empirischen Ergebnisse mit deskriptiven Befunden zu unseren drei Indizes, welche die wahrgenommene Relevanz der drei Aufstiegsfaktoren bemessen (siehe Abschnitt 3.1). Daraufhin untersuchen wir mittels multipler Regressionsmodelle den Einfluss individueller Determinanten auf die verschiedenen Aufstiegsfaktoren (siehe Abschnitt 3.2). Schließlich betrachten wir bivariat den Einfluss der sechs Policy-Indikatoren auf die drei alternativen Aufstiegsfaktoren (siehe Abschnitt 3.3). Bei allen Berechnun-

4 Für den Bildungsabschluss nutzen wir die Variable DEGREE: „no formal qualification“ und „lowest formal qualification“ = niedrig; „above lowest qualification“ und „higher secondary completed“ = mittel; „above higher secondary level, other qualification“ und „university degree completed“ = hoch.

5 Die entsprechenden Länderdaten finden sich in Tabelle A1 im Anhang.

gen nutzen wir eine im Datensatz des ISSP 2009 bereitgestellte Gewichtungsvariable, die länderspezifische Repräsentativität erzeugt.⁶

3. Empirische Ergebnisse

3.1 Worauf kommt es im Leben an: meritokratisch erworbene Merkmale, zugeschriebene (Herkunfts-)Merkmale oder soziales Kapital?

Abbildung 1 stellt anhand länderspezifischer Mittelwerte die wahrgenommene Relevanz der drei verschiedenen Aufstiegsfaktoren dar; angeordnet sind die dargestellten Länder aufsteigend nach der Höhe des Meritokratie-Index. Diese Abbildung bestätigt bekannte empirische Befunde: In allen 29 betrachteten Ländern werden erworbene Merkmale der Leistungsfähigkeit und -bereitschaft (Y1) als sehr bedeutsam und wesentlich wichtiger eingeschätzt als zugeschriebene (Herkunfts-)Merkmale (Y2) oder soziales Kapital (Y3), die ‚extra-meritokratische‘ Aufstiegsfaktoren darstellen. Den niedrigsten Wert des Meritokratie-Index finden wir in Japan, einem traditionell kollektivistisch orientierten Land; den höchsten Wert finden wir in den USA, wo die Menschen bekanntlich sehr an die Möglichkeit eines Aufstiegs aus eigener Kraft glauben. Deutschland liegt hier, gemeinsam mit den angelsächsischen Ländern Australien, Neuseeland und Großbritannien, aber auch Island, Polen, Österreich und Portugal, im oberen Drittel.

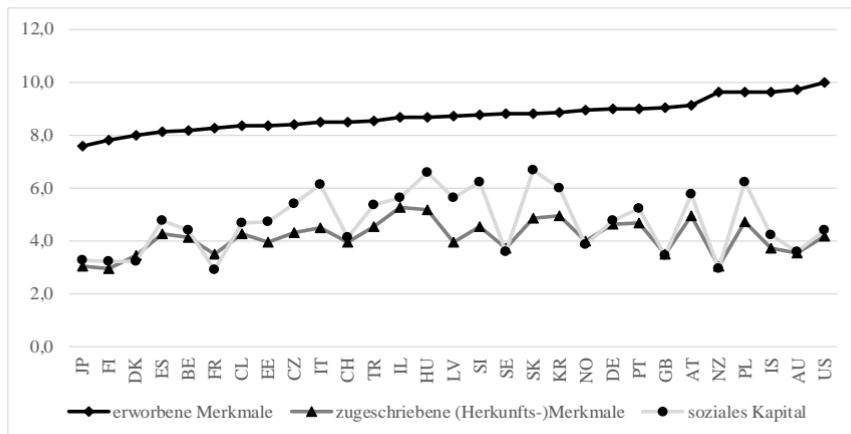
Dass die mit dem Variationskoeffizienten gemessene Streuung über die Länder bei dem Meritokratie-Index deutlich kleiner ist als bei den zwei ‚extra-meritokratischen‘ Aufstiegsfaktoren,⁷ unterstreicht den nahezu universellen Charakter des Vertrauens in die Bedeutung eigener Leistungen für einen sozialen Aufstieg in den von uns untersuchten OECD-Ländern (Becker/Hadjar 2017; Mau 1997). Bemerkenswerterweise korreliert der Meritokratie-Index mit keinem der beiden anderen Indizes signifikant – wohl aber finden wir bei zugeschriebenen (Herkunfts-)Merkmale und sozialem Kapital eine hochsignifikante und gleichgerichtete Korrelation ($r = 0,890^{***}$). Auffallend ist hier zudem,

6 In 11 der 29 untersuchten Länder beträgt der Wert der Gewichtungsvariablen 1: Dänemark, Deutschland, Island, Israel, Japan, Lettland, Norwegen, Schweden, Slowenien, Südkorea, Türkei. Für diese Länder erfolgt demzufolge keine Gewichtung.

7 Die drei Variationskoeffizienten sind: 0,07 (erworbene Merkmale); 0,16 (zugeschriebene Merkmale); 0,25 (soziales Kapital). Der Variationskoeffizient wird hier als Streuungsmaß genutzt, da bei seiner Bestimmung die jeweilige Standardabweichung durch das arithmetische Mittel dividiert und somit eine niveauunabhängige Vergleichbarkeit der Streuungsverhältnisse ermöglicht wird.

dass in vielen östlichen und südlichen Ländern Europas zugeschriebene (Herkunfts-)Merkmale und soziales Kapital sehr viel häufiger als aufstiegsrelevante Faktoren wahrgenommen werden als in nordischen und teilweise auch kontinentaleuropäischen Ländern (zuzüglich Japan und Neuseeland).

Abbildung 1: Wahrgenommene Relevanz der drei verschiedenen Aufstiegsfaktoren⁸.



Anmerkungen: Der Wertebereich der drei Indizes reicht von 0 bis 12, wobei niedrige Indexwerte für eine geringe wahrgenommene Relevanz stehen. Alle länderspezifischen Mittelwerte wurden unter Nutzung der Gewichtungsvariablen berechnet.

Quelle: ISSP 2009; $n_i = 22.735$ (ungewichtet), $n_j = 29$.

3.2 Welche individuellen Determinanten erklären das Vertrauen in die Geltung des meritokratischen Prinzips?

Mit der Berechnung multipler Regressionsmodelle soll gezeigt werden, in welcher Weise die in Abschnitt 2.2 vorgestellten fünf erklärenden Individualvariablen auf die drei abhängigen Variablen wirken. In jedem der drei Modelle werden die Daten für alle 29 untersuchten Länder gepoolt, d.h. gemeinsam verwendet.

Es lässt sich anhand der signifikanten Befunde erkennen (siehe Tabelle 1): (1) Überraschend ist zunächst, dass weibliche Befragte die Relevanz meritokra-

⁸ Wir wählen ein Liniendiagramm (anstelle des methodisch angemessenen Säulendiagramms), um eine kompakte Darstellung zu ermöglichen und die Niveauunterschiede zu verdeutlichen.

tisch erworbener Merkmale für sozialen Aufstieg (Y1) tendenziell höher einschätzen, wohingegen sie den zugeschriebenen (Herkunfts-)Merkmalen (Y2) und dem sozialen Kapital (Y3) eine niedrigere Bedeutung beimessen. (2) Die beiden älteren Befragtengruppen erweisen sich – im Vergleich zur Referenzgruppe der 18- bis 29-jährigen Befragten – als zurückhaltender, was die Bedeutung meritokratischer erworbener Merkmale anbelangt, während sie den zugeschriebenen (Herkunfts-)Merkmalen eine höhere Bedeutung zumessen. Die Relevanz des sozialen Kapitals schätzen die Befragten der obersten Altersgruppe tendenziell niedriger ein. (3) Befragte mit einem hohen Bildungsabschluss sind – im Vergleich zur Referenzgruppe der Befragten mit niedrigem Bildungsabschluss – in höherem Maß von der Geltung des meritokratischen Prinzips überzeugt, schreiben dagegen dem sozialen Kapital keine hohe Bedeutung für sozialen Aufstieg zu. Die Bedeutsamkeit zugeschriebener (Herkunfts-)Merkmale schätzen sowohl Befragte mit mittleren als auch mit hohen Bildungsabschlüssen vergleichsweise gering ein. (4) Die Referenzgruppe der Vollzeiterwerbstätigen weist meritokratisch erworbenen Merkmale tendenziell eine höhere Bedeutung für sozialen Aufstieg zu als alle anderen Statusgruppen (Ausnahme: Studenten, die ganz besonders auf die Geltung des meritokratischen Prinzips vertrauen), den zugeschriebenen (Herkunfts-)Merkmalen und dem sozialen Kapitel hingegen eine niedrigere Bedeutung. (5) Befragte mit hohem Haushaltseinkommen schätzen – im Vergleich zur Referenzgruppe der Befragten mit niedrigem Einkommen – die Relevanz meritokratischer erworbener Merkmale tendenziell höher ein; Befragte mit mittlerem Einkommen gehen von einer tendenziell niedrigen Bedeutung sozialen Kapitals für sozialen Aufstieg aus.

Diese Befunde bestätigen also die in der Theorie vertretene und in vorliegenden empirischen Untersuchungen bereits mehrfach belegte Auffassung, wonach vom individuellen Sozialstatus (hier erfasst anhand der meritokratischen Triade aus Bildung, Beschäftigtenstatus und Haushaltseinkommen; siehe Kreckel 1992) eine deutlich erkennbare Prägekraft auf das Vertrauen in die Geltung des meritokratischen Prinzips ausgeht: Ein hoher Bildungsabschluss ist zusammen mit dem Beschäftigtenstatus der wichtigste Prädiktor für die Überzeugung, dass es insbesondere auf die eigene Leistung ankommt (siehe hierzu die Zusammenfassung in Becker/Hadjar 2017: 48ff). Dass Frauen stärker in das Leistungsprinzip vertrauen und zugleich zugeschriebenen (Herkunfts-)Merkmale und sozialem Kapital eine geringere Bedeutung zumessen als Männer, dürfte mit ihrer in vielen der von uns betrachteten Ländern gestiegenen Bildungs- und Erwerbsbeteiligung sowie einer damit einhergehenden ebenfalls gestiegenen Karriereorientierung zu erklären sein.

Tabelle 1: Multiple Regressionsmodelle mit Individualdaten

	Meritokratisch erworbe- ne Merkmale (Y1)			Zugeschriebene (Herkunfts-) Merkmale (Y2)			Soziales Kapital (Y3)		
	Koeff.	Std. F.	Sig.	Koeff.	Std. F.	Sig.	Koeff.	Std. F.	Sig.
Konstante	8,740	0,053	***	4,117	0,058	***	5,024	0,069	***
Geschlecht (1 = w.)	0,057	0,027	**	-0,121	0,030	***	-0,363	0,035	***
Alter									
18-29	Ref.			Ref.			Ref.		
30-64	-0,231	0,037	***	0,142	0,041	***	-0,044	0,048	
65 und älter	-0,142	0,060	**	0,118	0,066	*	-0,646	0,078	***
Bildungs- abschluss									
niedrig	Ref.			Ref.			Ref.		
mittel	0,054	0,037		-0,072	0,041	*	0,063	0,048	
hoch	0,349	0,040	***	-0,180	0,044	***	-0,570	0,052	***
Beschäftigtensta- tus									
Vollzeit	Ref.			Ref.			Ref.		
Teilzeit	-0,074	0,044	*	-0,007	0,048		-0,070	0,057	
Student	0,107	0,062	*	0,020	0,068		0,145	0,080	*
arbeitslos	-0,179	0,057	***	0,259	0,063	***	0,358	0,075	***
im Ruhestand	-0,041	0,048		0,251	0,053	***	0,355	0,063	***
Haushfrau/mann	-0,107	0,053	**	0,387	0,058	***	0,468	0,069	***
HH-Einkommen									
≤70 %	Ref.			Ref.			Ref.		
>70≤150 %	-0,026	0,032		-0,056	0,035		-0,073	0,041	*
>150 %	0,159	0,040	***	0,034	0,044		0,079	0,052	

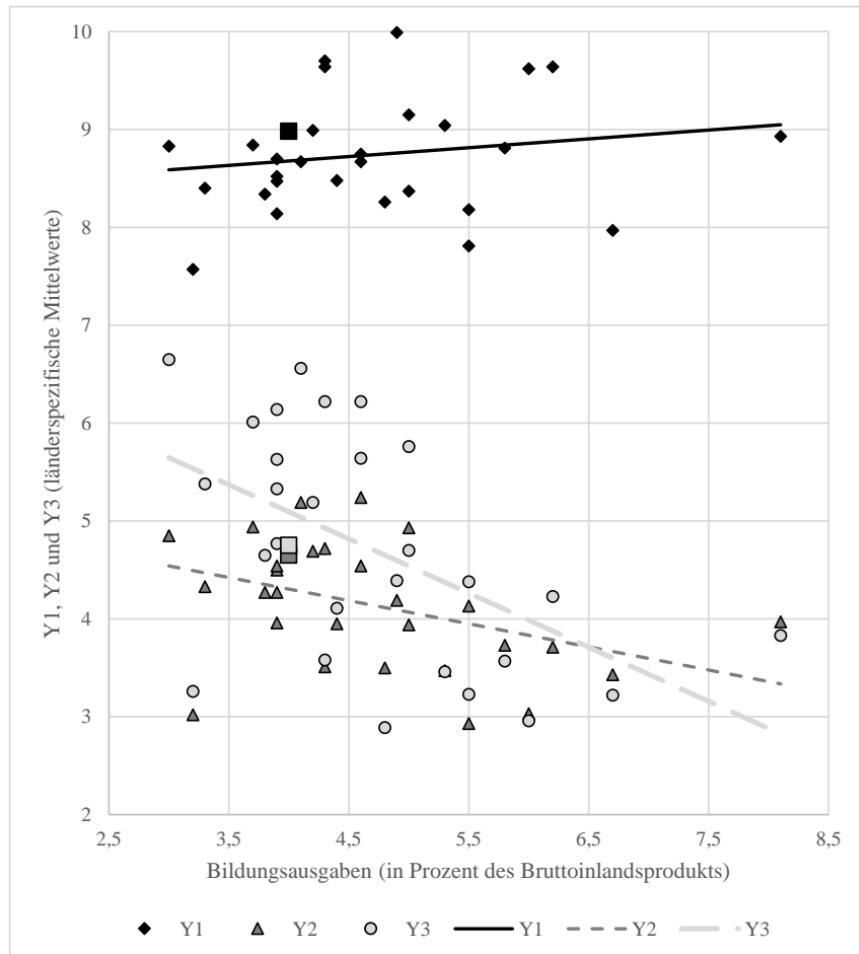
Anmerkungen: Std. F. = Standardfehler. Sig.: *** p<0,01; ** p<0,05; * p<0,10.

Quelle: ISSP 2009; n = 22.735 (ungewichtet).

3.3 Welche Länderdeterminanten erklären das Vertrauen in die Geltung des meritokratischen Prinzips?

In diesem Abschnitt betrachten wir – auf Länderebene – die Wirkweise der in Abschnitt 2.2 vorgestellten sechs Policy-Indikatoren auf die wahrgenommene Bedeutung der drei Aufstiegsfaktoren. In den nachfolgenden Streudiagrammen sind die Zusammenhänge zwischen je einem Policy-Indikator und den länderspezifischen Mittelwerten unserer drei abhängigen Variablen dargestellt (Abbildungen 2 bis 7). Art und Stärke der Zusammenhänge sind jeweils unter den Abbildungen vermerkt. Deutschland ist in allen Abbildungen durch größere Quadrate optisch hervorgehoben.

Abbildung 2: Bildungsausgaben und wahrgenommene Relevanz der drei Aufstiegsfaktoren



Anmerkungen: Y1 = meritokratisch erworbene Merkmale; Y2 = zugeschriebene (Herkunfts-)Merkmale; Y3 = soziales Kapital. Regressionsgleichungen und Korrelationskoeffizienten:
 $Y1 = 8,317 + 0,090x; r = 0,173$. $Y2 = 5,250 - 0,236x; r = -0,412^{**}$. $Y3 = 7,306 - 0,553x; r = -0,535^{***}$.
 Quelle: ISSP 2009; n = 29.

In Abbildung 2 erkennen wir, dass in Ländern mit höheren Ausgaben für Bildung das Vertrauen in meritokratische Prinzipien (Y1) tendenziell höher ist (obgleich dieser Zusammenhang nicht signifikant ist). Hingegen ist die wahrgenommene Relevanz „extra-meritokratischer“ Aufstiegsfaktoren, nämlich der zugeschriebenen (Herkunfts-)Merkmale (Y2) und des sozialen Kapitals (Y3), in Ländern mit höheren Bildungsausgaben signifikant niedriger. Auf die wahrgenommene Relevanz des sozialen Kapitals haben höhere Bildungsausgaben dabei einen noch stärker reduzierenden Einfluss als auf zugeschriebene (Herkunfts-)Merkmale.

Abbildung 3 zeigt uns, dass in Ländern mit mehr Bildungsaufsteiger*innen die wahrgenommene Relevanz aller drei Aufstiegsfaktoren geringer ausfällt – also tendenziell auch das Vertrauen in meritokratische Prinzipien (Y1). Allerdings ist dieser Befund im Gegensatz zu den beiden „extra-meritokratischen“ Aufstiegsfaktoren (Y2 und Y3) nicht signifikant. Es lässt sich also festhalten: Je höher der Anteil der Bildungsaufsteiger*innen, desto geringer die wahrgenommene Relevanz zugeschriebener (Herkunfts-)Merkmale bzw. sozialen Kapitals für einen sozialen Aufstieg. Auf die wahrgenommene Relevanz des sozialen Kapitals haben mehr Bildungsaufsteiger*innen dabei einen noch stärker reduzierenden Einfluss als auf zugeschriebene (Herkunfts-)Merkmale.

Abbildung 4 lässt erkennen, dass in Ländern mit ausgeprägter vorschulischer Betreuung die Relevanz aller drei Aufstiegsfaktoren tendenziell geringer eingeschätzt wird, wobei einschränkend ergänzt werden muss, dass keiner dieser Befunde signifikant ist.

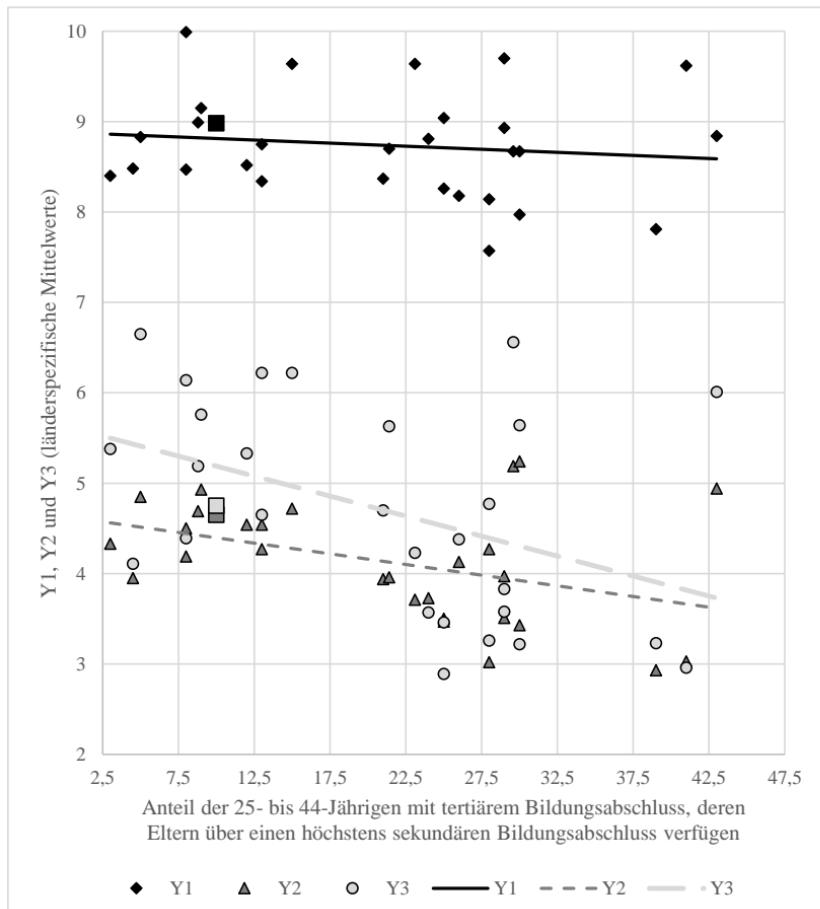
Abbildung 5 können wir entnehmen, dass in Ländern mit einer höheren Frauenerwerbsquote das Vertrauen in meritokratische Prinzipien (Y1) tendenziell höher ist (obgleich nicht signifikant), während die wahrgenommene Relevanz zugeschriebener (Herkunfts-)Merkmale (Y2) und sozialen Kapitals (Y3) signifikant niedriger ist. Auf die wahrgenommene Relevanz des sozialen Kapitals hat eine höhere Frauenerwerbsquote dabei einen noch stärker reduzierenden Einfluss als auf zugeschriebene (Herkunfts-)Merkmale.

In Abbildung 6 wird erkennbar, dass in Ländern mit höheren Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitiken die Relevanz aller drei Aufstiegsfaktoren tendenziell geringer eingeschätzt wird, wobei jedoch nur der Befund für die durch höhere Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitiken reduzierte wahrgenommene Bedeutung des sozialen Kapitals (Y3) als Aufstiegsfaktor (schwach) signifikant ist.

Abbildung 7 informiert uns darüber, dass in Ländern mit einer höheren Langzeitarbeitslosenquote das Vertrauen in meritokratische Prinzipien (Y1) tendenziell geringer ausfällt (obgleich nicht signifikant), die wahrgenommene Relevanz „extra-meritokratischer“ Aufstiegsfaktoren (Y2 und Y3) demgegenüber signifikant höher ist. Auf die wahrgenommene Relevanz des sozialen Kapitals

hat eine höhere Langzeitarbeitslosenquote dabei einen noch stärker erhöhenden Einfluss als auf zugeschriebene (Herkunfts-)Merkmale.

Abbildung 3: Bildungsaufsteiger*innen und wahrgenommene Relevanz der drei Aufstiegsfaktoren

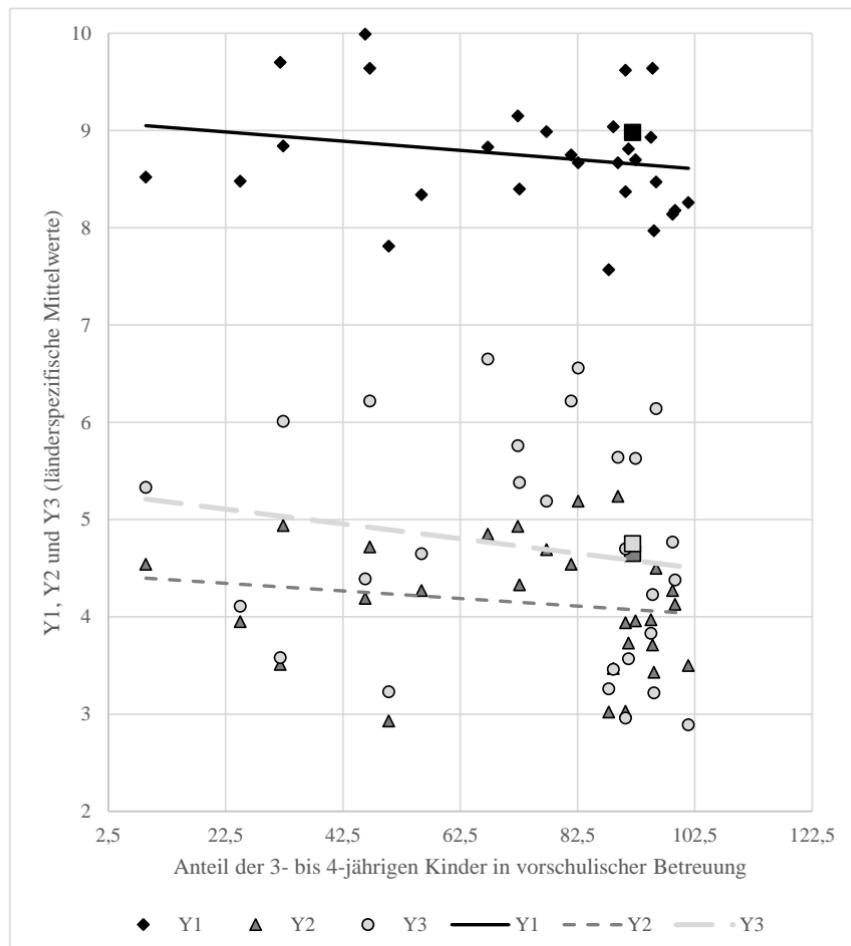


Anmerkungen: Y1 = meritokratisch erworbene Merkmale; Y2 = zugeschriebene (Herkunfts-)Merkmale; Y3 = soziales Kapital. Regressionsgleichungen und Korrelationskoeffizienten:

Y1=8,881-0,007x; r=-0,131. Y2=4,632-0,024x; r=-0,414**. Y3=5,632-0,044x; r=-0,430**.

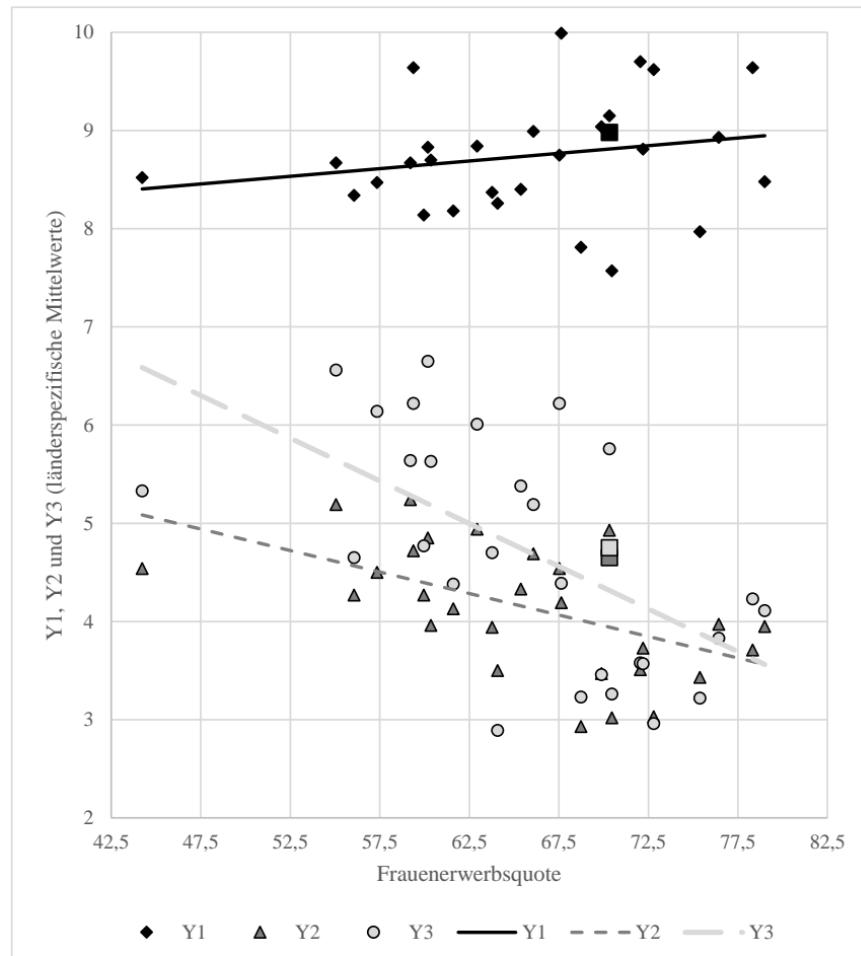
Quelle: ISSP 2009; n = 29.

Abbildung 4: Kinderbetreuung und wahrgenommene Relevanz der drei Aufstiegsfaktoren



Anmerkungen: Y1 = meritokratisch erworbene Merkmale; Y2 = zugeschriebene (Herkunfts-)Merkmale; Y3 = soziales Kapital. Regressionsgleichungen und Korrelationskoeffizienten:
 $Y1=9,092-0,005x$; $r=-0,209$. $Y2=4,432-0,004x$; $r=-0,156$. $Y3=5,277-0,008x$; $r=-0,168$. Der Wertebereich der X-Achse, der über 100 Prozent reicht, erklärt sich dadurch, dass Frankreich gemäß den OECD-Angaben eine Betreuungsquote bei 3- bis 4-jährigen Kindern aufweist, die bei – auch uns unerklärlichen – 101,4 Prozent liegt.
Quelle: ISSP 2009; n = 29.

Abbildung 5: Frauenerwerbsquote und wahrgenommene Relevanz der drei Aufstiegsfaktoren

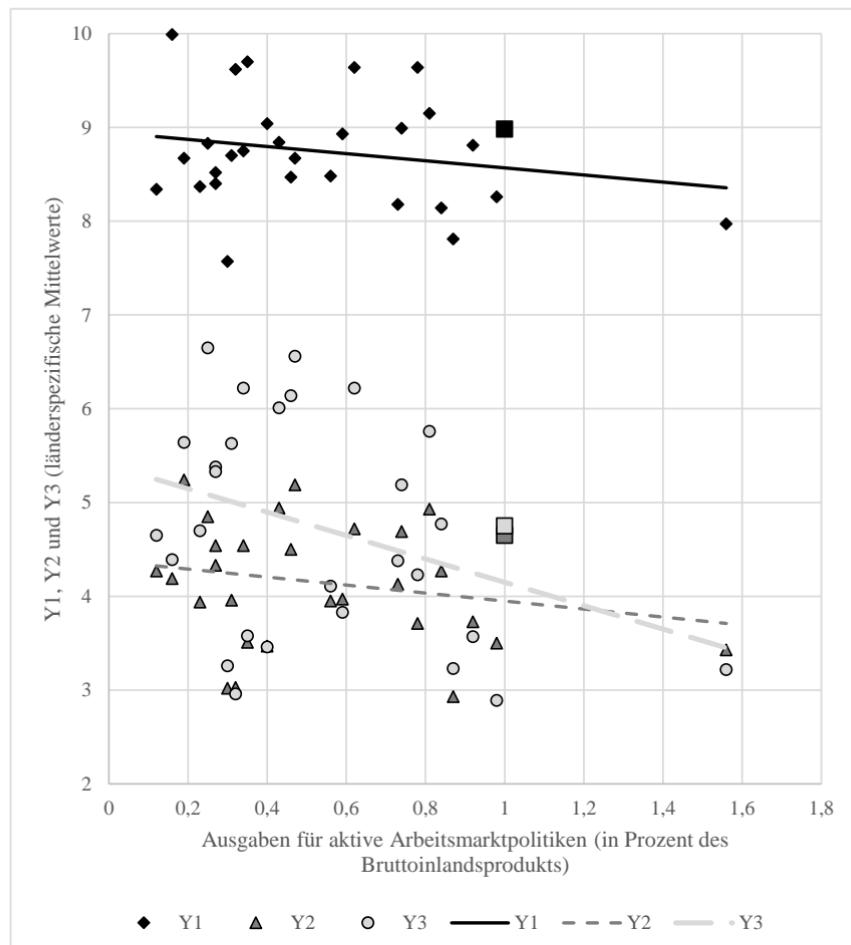


Anmerkungen: Y1 = meritokratisch erworbene Merkmale; Y2 = zugeschriebene (Herkunfts-)Merkmale; Y3 = soziales Kapital. Regressionsgleichungen und Korrelationskoeffizienten:

$Y1 = 7,714 - 0,016x$; $r = 0,208$. $Y2 = 7,021 - 0,044x$; $r = -0,531^{***}$. $Y3 = 10,433 - 0,087x$; $r = -0,585^{***}$.

Quelle: ISSP 2009; $n = 29$.

Abbildung 6: Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitiken und wahrgenommene Relevanz der drei Aufstiegsfaktoren

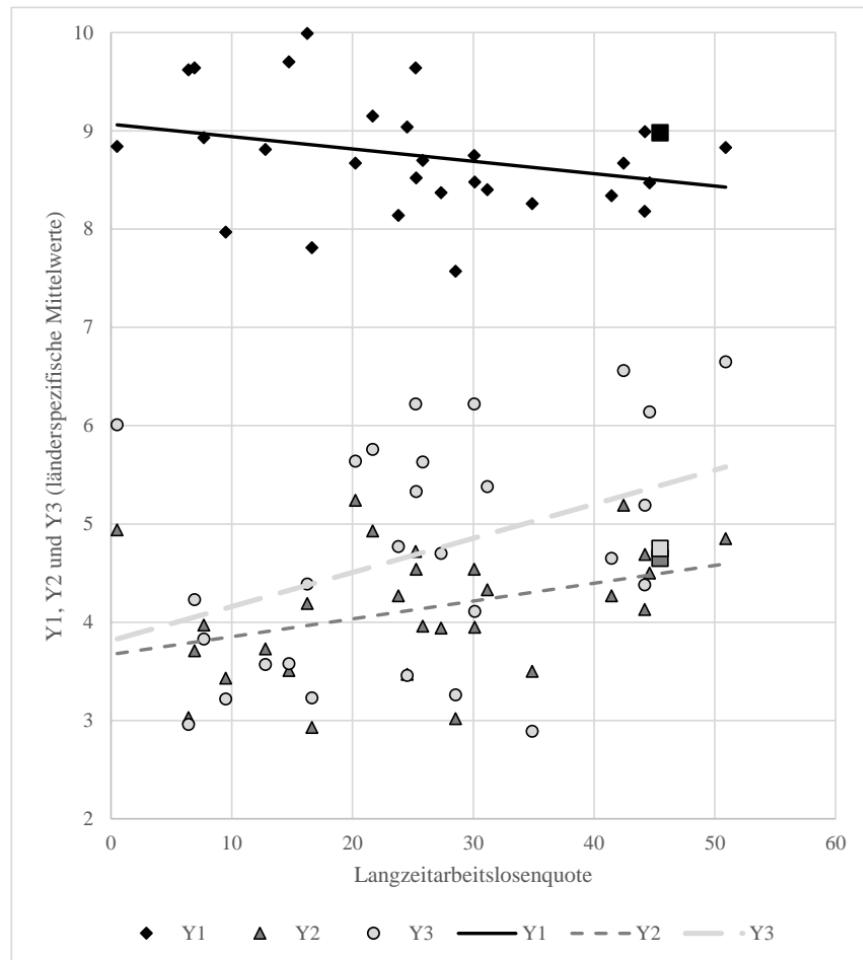


Anmerkungen: Y1 = meritokratisch erworbene Merkmale; Y2 = zugeschriebene (Herkunfts-)Merkmale; Y3 = soziales Kapital. Regressionsgleichungen und Korrelationskoeffizienten:

Y1=8,948-0,379x; r=-0,213. Y2=4,376-0,426x; r=-0,218. Y3=5,397-1,247x; r=-0,354*.

Quelle: ISSP 2009; n = 29.

Abbildung 7: Langzeitarbeitslosenquote und wahrgenommene Relevanz der drei Aufstiegsfaktoren



Anmerkungen: Y1 = meritokratisch erworbene Merkmale; Y2 = zugeschriebene (Herkunfts-)Merkmale; Y3 = soziales Kapital. Regressionsgleichungen und Korrelationskoeffizienten:

$Y1=9,066-0,013x$; $r=-0,292$. $Y2=3,672+0,018x$; $r=0,383^{**}$. $Y3=3,812+0,035x$; $r=0,407^{**}$.

Quelle: ISSP 2009; $n = 29$.

Wie wir vermutet haben, beeinflussen sozialinvestive Policy-Indikatoren die Einschätzungen der Befragten, welche Faktoren als relevant für einen sozialen Aufstieg erachtet werden, allerdings sind diese korrelativen Effekte nicht in allen Fällen statistisch signifikant. Hervorzuheben ist, dass der Meritokratie-Index (Y1) – entgegen unserer Annahme – in keiner der hier vorgestellten statistischen Zusammenhangsbetrachtungen signifikant durch einen der Policy-Indikatoren beeinflusst wird. Mit anderen Worten: Die Überzeugung, für einen sozialen Aufstieg sei die eigene Leistung bedeutsam, wird – zumindest unmittelbar – *nicht* durch die Sozialpolitik in einem Land beeinflusst.

Die beiden alternativen Aufstiegsfaktoren, zugeschriebene (Herkunfts-)Merkmale (Y2) und soziales Kapital (Y3), reagieren hingegen wesentlich sensibler auf Indikatoren für Umfang und Effekte sozialinvestiver Policies: Je höher die Ausgaben für Bildung (Abbildung 2), je größer der Anteil an Bildungsaufsteiger*innen (Abbildung 3) und je höher die Frauenerwerbsquote (Abbildung 5), desto geringer die wahrgenommene Relevanz dieser nicht mit meritokratisch erworbenen Merkmalen in Verbindung stehenden Aufstiegsfaktoren. Für höhere Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitiken (Abbildung 6) gilt, dass sie lediglich die wahrgenommene Relevanz sozialen Kapitals reduzieren. Bei der Langzeitarbeitslosenquote (Abbildung 7) stellt es sich so dar, dass eine höhere Langzeitarbeitslosenquote mit einer signifikant höheren wahrgenommenen Bedeutung für zugeschriebene (Herkunfts-)Merkmale bzw. soziales Kapitel einhergeht.⁹

3.4 Zusammenfassung und Diskussion der empirischen Ergebnisse

Unsere empirischen Analysen lassen sich zu drei zentralen Befunden verdichten. *Erstens* bestätigen unsere Ergebnisse die bereits in früheren Studien diagnostizierte weitverbreitete Überzeugung, dass Talent, Qualifikation und eigene

9 Probeweise haben wir – zusätzlich zu unseren sechs ausgewählten Policy-Indikatoren – Regressions auf Länderebene mit fünf sozio-ökonomischen Strukturindikatoren durchgeführt. Da diese nicht im Mittelpunkt des Interesses dieses Aufsatzes stehen, berichten wir hier nur kurz: (1) Die wahrgenommene Relevanz erworberner Merkmale (Y1) wird durch *keinen* dieser Strukturindikatoren in statistisch signifikanter Weise beeinflusst – das Vertrauen in die Geltung meritokratischer Prinzipien sozialen Aufstiegs ist also weder vom Wohlstands niveau (bemessen über das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf und die Größe der Einkommensmittelschicht) noch von Strukturen sozialer Ungleichheit (bemessen über den Gini-Koeffizienten für Einkommen, die Armutsriskquo te und die Arbeitslosenquote) abhängig. (2) Zugeschriebenen (Herkunfts-)Merkmale (Y2) wird in Ländern mit einem geringeren Bruttoinlandsprodukt pro Kopf eine höhere Aufstiegsrelevanz beigemessen ($r=-0,356^*$). (3) Auch auf die wahrgenommene Relevanz sozialen Kapitals (Y3) trifft zu: In Ländern mit einem geringeren Bruttoinlandsprodukt pro Kopf wird dieser Aufstiegsfaktor als bedeutsamer eingeschätzt ($r=-0,529^{***}$).

Leistung als die wesentlichen Bedingungen für einen sozialen Aufstieg wahrgenommen werden. Diese auch im Jahr 2009 vorzufindende Überzeugung ist wesentlich stärker ausgeprägt als die Auffassung, zugeschriebene (Herkunfts-)Merkmale oder soziales Kapital seien ausschlaggebend für einen individuellen sozialen Aufstieg. Erwartungsgemäß ist das Vertrauen in das meritokratische Prinzip sozialen Aufstiegs in den angelsächsischen Ländern etwas ausgeprägter (siehe auch Becker/Hadjar 2017: 47ff), wenngleich die Unterschiede zwischen den hier untersuchten 29 Ländern der OECD vergleichsweise gering sind. Damit zeigt sich also auf den ersten Blick, dass – ganz abgesehen von den *faktischen* Chancen eines sozialen Aufstiegs – das Vertrauen in Aufstiegsmöglichkeiten aus eigener Kraft ungebrochen hoch ist. Dies kann als Zeichen dafür gedeutet werden, dass der moderne Wohlfahrtsstaat mit seinem Ausgleichsmechanismus, dessen Ziel es ist, soziale Ungleichheit zu reduzieren und Chancengleichheit zu fördern, seine Legitimität bislang nicht eingebüßt hat.

Zweitens differenzieren unsere empirischen Ergebnisse jedoch ein wenig den durchaus dominant erscheinenden Eindruck, die Anerkennung des meritokratischen Prinzips sei ein universelles Phänomen. Unsere Hypothese H1 bestätigend, zeigt sich nämlich, dass die Meritokratie-Überzeugung vor allem in der sozialen Mittelschicht verbreitet ist: Auch wir finden die bereits bekannten Zusammenhänge zwischen individuellen Merkmalen (hohe Bildung, regulärer Beschäftigtenstatus, überdurchschnittliches Einkommen) und einem ausgeprägteren Vertrauen in die Geltung des meritokratischen Prinzips; „extra-meritokratischen“ Aufstiegsfaktoren messen Angehörige der relativ privilegierten Mittelschicht entsprechend eine geringere Bedeutung bei. Hervorzuheben ist, dass insbesondere Frauen – mutmaßlich angesichts ihrer gestiegenen Bildungs- und Erwerbsbeteiligung sowie Karriereorientierung – an Aufstiege aus eigener Kraft glauben. Skepsis gegenüber der Geltung des meritokratischen Prinzips – und eine tendenziell stärkere Zustimmung zur Bedeutung zugeschriebener (Herkunfts-)Merkmale bzw. sozialen Kapitals – findet sich demgegenüber bei älteren und arbeitslosen Befragten sowie bei denjenigen, die angeben, Hausfrauen (bzw. -männer) zu sein. Diese Personenkreise dürften dementsprechend auch eine höhere Neigung zu Ängsten des Statuserhalts und Abstiegssorgen aufweisen.

Drittens wird anhand unserer empirischen Ergebnisse deutlich, wie wichtig die (sozial-)politische Ausgestaltung von Bildungs- und Beschäftigungs- und damit auch von Einkommens- und Lebenschancen ist, um das Vertrauen der Menschen in die Wirksamkeit eigener Leistungsfähigkeit und -bereitschaft zu erhalten. Obgleich sich unser Meritokratie-Index – in der formulierten Form unsere Hypothese H2 widerlegend – als auffallend „resistent“ gegenüber den von uns ausgewählten Policy-Indikatoren erweist, so variieren die beiden alternativen „extra-meritokratischen“ Aufstiegsfaktoren, zugeschriebene

(Herkunfts-)Merkmale und soziales Kapital, doch deutlich erkennbar in Abhängigkeit von einer Reihe sozialinvestiver Policy-Indikatoren. Bei der Bewertung zugeschriebener (Herkunfts-)Merkmale als Aufstiegsfaktor (Y2) fällt auf, dass deren Bedeutung signifikant *geringer* eingeschätzt wird, wenn höhere Bildungsausgaben eine höhere intergenerationale Bildungsmobilität bewirken und die Frauenerwerbsquote hoch ist. Signifikant *höher* eingeschätzt werden zugeschriebene (Herkunfts-)Merkmale hingegen, wenn die Langzeitarbeitslosenquote hoch ist. Bei der wahrgenommenen Relevanz sozialen Kapitals als Aufstiegsfaktor (Y3) zeigt sich ein sehr ähnliches Bild, nur lässt sich hierbei noch ein signifikanter Effekt der Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitiken nachweisen: Wenn mehr in aktive Arbeitsmarktpolitiken investiert wird, reduziert dies die Überzeugung, soziales Kapital sei ein wichtiger Aufstiegsfaktor. In einer weiteren Lesart erlauben diese Befunde die Annahme, dass Ängste des Statuserhalts sowie soziale Abstiegssorgen, die sich mittelbar in einer höheren wahrgenommenen Relevanz „extra-meritokratischer“ Aufstiegsfaktoren äußern (können), durch sozialinvestive Policies reduziert werden (können).

Auch wenn sich die im Mittelpunkt unseres Interesses stehende Meritokratie-Überzeugung als auffallend robust gegenüber sozialinvestiven Interventionen erweist, so legen unsere empirischen Befunde eindringlich eine Blickerweiterung nahe: Man tut gut daran, auch die Wahrnehmung *alternativer* Aufstiegsfaktoren zu beachten, um ein aussagekräftigeres Bild von der Wirkweise der Umfang und Effekte bemessenden Policy-Indikatoren zu erhalten. Folgt man diesem Ansatz, wird erkennbar, dass von diesen Indikatoren eben doch eine nennenswerte Erklärungskraft ausgeht.

4. Schlussfolgerungen für die Bedeutung sozialinvestiver Politikstrategien

Unsere empirischen Ergebnisse signalisieren, dass substantielle bildungs-, familien- und arbeitsmarktpolitische Policies sozio-ökonomische Ängste verringern können, da sie sich moderierend auf die Wahrnehmung der Relevanz nicht-meritokratischer Aufstiegsfaktoren auswirken: Sozialpolitische Erfolge verringern die wahrgenommene Bedeutung „extra-meritokratischer“ Aufstiegsfaktoren – und damit nimmt die Bedeutung meritokratisch erworbener Aufstiegsfaktoren *relativ* zu. Zudem gilt: „Je mehr, desto besser“, denn sozialpolitische Investitionen (insbesondere Bildungsausgaben, ferner auch Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitiken) senken offenbar die Verbreitung skeptischer Einstellungen.

Gleichwohl: Ein „Allheilmittel“ gegen sozio-ökonomische Unsicherheit und Abstiegsangst ist der in unseren Analysen nachgewiesene und durch sozialinvestive Policies *indirekt* beförderte meritokratische Aufstiegsoptimismus

nicht. Den Fokus allein auf die Eigenverantwortung der Menschen zu richten, wird den in zahlreichen Ländern vorliegenden, insbesondere verfestigten Strukturen sozialer Ungleichheit nicht gerecht. Zudem ist davon auszugehen, dass sozialinvestive Policies, wenn sie mit erhöhten Erwerbserfordernissen verbunden sind, unter jenen Menschen, die der meritokratischen Leistungsnorm nicht entsprechen (können), Ängste des Statuserhalts und auch des Versagens hervorrufen.

Eine Einschränkung unserer Analysen liegt darin, dass wir nur einen einzigen Zeitpunkt (2009) untersuchen konnten. Mit hoher Wahrscheinlichkeit würde die Analyse möglicher Veränderungen in der Dekade, die der Finanz- und Wirtschaftskrise folgte (und für die gegenwärtig noch keine Daten aus dem *International Social Survey Programme* vorliegen), zusätzliche interessante Befunde über die Dynamik der Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat hervorbringen. Eine zweite weiterführende Frage ist, wie Sozialpolitik (konkret) ausgestaltet sein muss, um *tatsächlich* Chancengleichheit zwischen deprivierten und privilegierten Schichten herzustellen. Der Ruf nach ‚mehr Bildung‘ und einer Erhöhung der Bildungsausgaben ist nur die eine Seite der Medaille, denn die Bildungsforschung zeigt, dass die scheinbar objektive Bewertung von Bildungsergebnissen zu hinterfragen ist. Umfang und Profil sozialinvestiver Policies müssen daher auch mit qualitativen Methoden analysiert werden.

Dass grundsätzlich eine hohe Zustimmung zur Geltung des meritokratischen Prinzips zu beobachten ist, mag beruhigend sein. Die Tatsache jedoch, dass zugeschriebene (Herkunfts-)Merkmale bzw. soziales Kapital in weniger privilegierten Segmenten der Gesellschaft oder in Ländern mit weniger sozialinvestiver Sozialpolitik häufiger als primär ausschlaggebend für einen individuellen sozialen Aufstieg betrachtet werden, kann aus demokratietheoretischer Sicht als Warnsignal für eine geringere Legitimität der (wohlfahrts-)staatlichen Institutionen gelesen werden. Eine zentrale Aufgabe der Sozialpolitikforschung sollte darin bestehen, die Bedingungen, unter denen Menschen sich ebenso selbstverantwortlich wie sozial eingebunden fühlen, ihre Lebenspläne ohne Zukunftssangst entwickeln und sich ihren meritokratischen Aufstiegsoptimismus bewahren können, genauer zu identifizieren.

Literatur

- Barnes, Sandra L. 2002. „Achievement or ascription ideology? An analysis of attitudes about future success for residents in poor urban neighborhoods“, in *Sociological Focus* 35, 2: S. 207-225.
- Beck, Ulrich 1986. *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt a. M.: editori suhrkamp.
- Becker, Rolf (Hrsg.). 2017. *Lehrbuch der Bildungssoziologie*. Wiesbaden: Springer VS.

- Becker, Rolf; Hadjar, Andreas. 2017. „Meritokratie – Zur gesellschaftlichen Legitimation ungleicher Bildungs-, Erwerbs- und Einkommenschancen in modernen Gesellschaften“, in *Lehrbuch der Bildungssoziologie*, hrsg v. Becker, Rolf, S. 33-62. Wiesbaden: Springer VS.
- Becker, Rolf; Lauterbach, Wolfgang (Hrsg.) 2016. *Bildung als Privileg. Erklärungen und Befunde zu den Ursachen der Bildungsungleichheit*. Wiesbaden: Springer VS.
- Bell, Daniel 1975. *Die nachindustrielle Gesellschaft*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Betzelt, Sigrid; Bode, Ingo 2017. „Fatal funktional? Angstmobilisierung im liberalisierten Wohlfahrtskapitalismus“, in: *Leviathan* 45, 2: S. 192-220.
- Bleses, Peter; Seeleib-Kaiser, Martin 2004. *The Dual Transformation of the German Welfare State*. London: Palgrave MacMillan.
- Bonoli, Giuliano; Natali, David. 2012. „The Politics of the ‚New‘ Welfare States. Analysing Reforms in Western Europe“, in *The Politics of the ‚New‘ Welfare States.*, hrsg v. Natali, David; Bonoli, Giuliano, S. 3-17. Oxford: Oxford University Press.
- Bothfeld, Silke; Rouault, Sophie 2015. „Families facing the crisis: Is social investment a sustainable social policy strategy?“ In *Social Politics: International Studies in Gender, State & Society* 22, 1: S. 60-85.
- Boudon, Raymond 1974. *Education, Opportunity, and Social Inequality. Changing Prospects in Western Society*. New York: John Wiley & Sons.
- Bouget, Denis; Frazer, Hugh; Marlier, Eric; Sabato, Sebastiano; Vanhercke, Bart 2015. *Social Investment in Europe. A Study of National Policies*. Brussels: European Commission.
- Breen, Richard; Goldthorpe, John H. 1997. „Explaining educational differentials: Towards a formal rational action theory“, in: *Rationality and Society* 9, 3: S. 275-305.
- Brown, Philipp 1990. „The ‚third wave‘: Education and the ideology of parentocracy“, in *British Journal of Sociology of Education* 11, 1: S. 65-86.
- Burkhart, Günter 1984. „Die Zukunft von Bildung: Meritokratisierung oder Herrschaftssicherung durch Bildungskapital“, in *Österreichische Zeitschrift für Soziologie* 9, 3: S. 61-71.
- Collins, Randall 1979. *The Credential Society. A Historical Sociology of Education and Stratification*. New York: Academic Press.
- Davis, Kingley; Moore, Wilbert E. 1945. „Some principles of stratification“, in *American Sociological Review* 10, 2: S. 242-249.
- Dench, Geoffrey 2008. „Family, community and politics: The fertile legacy of Michael Young“, in *Critical Social Policy* 28, 3: S. 335-348.
- Durkheim, Emile 1992 [1893]. *Über soziale Arbeitsteilung*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Esping-Andersen, Gøsta 1990. *The Three Worlds of Welfare Capitalism*. Cambridge: Polity Press.
- Esping-Andersen, Gøsta 2015. „Welfare regimes and social stratification“, in *Journal of European Social Policy* 25, 1: S. 124-134.
- Esping-Andersen, Gøsta; Gallie, Duncan; Hemerijck, Anton; Myles, John 2002. *Why We Need a New Welfare State*. Oxford: Oxford University Press.
- Goode, Chris; Keefer, Lucas A.; Molina, Ludwin E. 2014. „A compensatory control account of meritocracy“, in *Journal of Social and Political Psychology* 2, 1: S. 313-334.
- Hadjar, Andreas 2008. *Meritokratie als Legitimationsprinzip. Die Entwicklung der Akzeptanz sozialer Ungleichheit im Zuge der Bildungsexpansion*. Wiesbaden: Springer VS.

- Hadjar, Andreas. 2015. „Die Legitimation sozialer Ungleichheit – Bildung, Status und die Akzeptanz von Ungleichheit auf Basis des meritokratischen Prinzips“, in *Legitimität. Gesellschaftliche, politische und wissenschaftliche Bruchlinien der Rechtfertigung*, hrsg. v. Dammayr, Maria; Grass, Doris; Rothmüller, Barbara, S. 153-175. Bielefeld: Transcript.
- Hemerijck, Anton 2013. *Changing Welfare States*. Oxford [u.a.]: Oxford University Press.
- Hemerijck, Anton 2015. „The Quiet Paradigm Revolution of Social Investment“, in: *Social Politics* 22, 2: S. 242-256.
- Hemerijck, Anton (Hrsg.). 2017. *The Uses of Social Investment*. Oxford: Oxford University Press.
- Jenson, Jane; Saint-Martin, Denis 2005. *Building Blocks for a New Social Architecture: The LEGO Paradigm of an Active Society*. Montreal: University of Montreal.
- Jost, John; Hunyady, Orsolya 2003. „The psychology of system justification and the palliative function of ideology“, in: *European Review of Social Psychology* 13, 1: S. 111-153.
- Jost, John T.; Brett, Pelham W.; Sheldon, Oliver; Sullivan, Bilian Ni 2003. „Social inequality and the reduction of ideological dissonance on behalf of the system: evidence of enhanced system justification among the disadvantaged“, in *European Journal of Social Psychology* 33, 1: S. 13-36.
- Jost, John T.; Banaji, Mahzarin R.; Nosek, Brian A. 2004. „A decade of system justification theory: Accumulated evidence of conscious and unconscious bolstering of the status quo“, in: *Political Psychology* 25, 6: S. 881-919.
- Kaufmann, Franz-Xaver. 1991. „Wohlfahrtskultur – Ein neues Nasobem?“ In *Kritik und Engagement. Soziologie als Anwendungswissenschaft. Festschrift für Christian von Ferber zum 65. Geburtstag*, hrsg. v. Nippert, Reinhardt P., S. 19-27. München: Oldenbourg.
- Korpi, Walter; Palme, Joakim 1998. „The paradox of redistribution and strategies of equality: welfare state institutions, inequality, and poverty in the Western countries“, in *American Sociological Review* 63, 5: S. 661-687.
- Kreckel, Reinhard 1992. *Politische Soziologie sozialer Ungleichheit*. Frankfurt a. M., New York: Campus.
- Kronauer, Martin 2002. *Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus*. Frankfurt a. M., New York: Campus.
- Lacy, Karyn. 2015. „Education for Mobility or Status Reproduction?“ in *Emerging Trends in the Social and Behavioral Sciences*, hrsg. v. Scott, Robert; Kosslyn, Stephen, S. 1-11. New York: Wiley.
- Ledgerwood, Alison; Mandisodza, Anesu N.; Jost, John T.; Pohl, Michelle J. 2011. „Working for the System: Motivated Defense of Meritocratic Beliefs“, in: *Social Cognition* 29, 2: S. 322-340.
- Lister, Ruth 2006. „Ladder of opportunity or engine of inequality?“ In *The Political Quarterly* 77, 1: S. 232-236.
- Maaaz, Kai 2017. *Chancengerechtigkeit im deutschen Bildungssystem*. Bonn: Deutsche UNESCO-Kommission.
- Mau, Steffen 1997. „Ungleichheits- und Gerechtigkeitsorientierungen in modernen Wohlfahrtsstaaten. Ein Vergleich der Länder Schweden, Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland.“ *Arbeitspapier FS III 97-401 des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung, Abteilung „Sozialstruktur und Sozialberichterstattung“*. Berlin.

- McCoy, Shannon K.; Major, Brenda 2007. „Priming meritocracy and the psychological justification of inequality“, in *Journal of Experimental Social Psychology* 43, 3: S. 341-351.
- Morel, Natalie; Palme, Joachim. 2017. „A normative foundation for the social investment approach?“ in *The Uses of Social Investment*, hrsg v. Hemerick, Anton. C., S. Oxford: Oxford University Press.
- Morel, Nathalie; Palier, Bruno; Palme, Joakim. 2012. „Introduction“, in *Towards a Social Investment Welfare State?*, hrsg v. Morel, Nathalie; Palier, Bruno; Palme, Joakim, S. 15-22. Bristol: Policy Press.
- Nachtwey, Oliver 2016. *Die Abstiegsgesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne*. Berlin: edition suhrkamp.
- Nullmeier, Frank 2010. „Kritik neoliberaler Menschen- und Gesellschaftsbilder und Konsequenzen für ein neues Verständnis von ‚sozialer Gerechtigkeit‘.“ *WISO Diskurs. Expertisen und Dokumentationen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik*. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- OECD 2010. *PISA 2009 Results: Overcoming Social Background – Equity in learning Opportunities and Outcomes (Volume II)*, <http://dx.doi.org/10.1787/9789264091504-en> (Zugriff vom 2.9.2017).
- OECD 2012. *Equity and Quality in Education: Supporting Disadvantaged Students and Schools*, <http://dx.doi.org/10.1787/9789264130852-en> (Zugriff vom 2.9.2017).
- Palier, Bruno; Martin, Claude 2007. „Editorial introduction: From ‚a frozen landscape‘ to structural reforms: The sequential transformation of Bismarckian welfare systems“, in *Social Policy & Administration* 41, 6: S. 535-554.
- Parsons, Talcott 1940. „An analytical approach to the theory of social stratification“, in *American Journal of Sociology* 45, 6: S. 841-862.
- Saunders, Peter 2010. *Social Mobility Myths*. London: Civitas: Institute for the Study of Civil Society.
- Schöneck, Nadine M.; Mau, Steffen; Schupp, Jürgen 2011. „Gefühlte Unsicherheit: Deprivationsängste und Abstiegssorgen der Bevölkerung in Deutschland.“ *SOEPpaper*. Berlin: DIW.
- Solga, Heike 2005. „Meritokratie – die moderne Legitimation ungleicher Bildungschancen“, in *Institutionalisierte Ungleichheiten: Wie das Bildungswesen Chancen blockiert*, hrsg v. Berger, Peter A.; Kahlert, Heike, S. 19-38. Weinheim und München: Juventa.
- Vogel, Berthold 2009. *Wohlstandskonflikte. Soziale Fragen, die aus der Mitte kommen*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Weymann, Ansgar 2016. *Bildungsstaat: Aufstieg, Herausforderungen, Perspektiven*. Wiesbaden: Springer VS.
- Young, Michael 2008 [1958]. *The Rise of the Meritocracy*. New Brunswick: Transaction Publishers.

Anhang

Tabelle A1: Policy-Indikatoren (Länderdaten)

Land	Bildungsausgaben (2008) ¹	Bildungsaufsteiger (2012) ²	Kinderbetreuungsquote (2009) ³	Frauenerwerbsquote (2009) ⁴	Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitiken (2009) ⁵	Langzeitarbeitslosenquote (2009) ⁶
AU	4,3	29,0	31,8	72,05	0,35	14,73
AT	5,0	9,0	72,3	70,33	0,81	21,68
BE	5,5	26,0	99,1	61,60	0,73	44,19
CL	3,8	13,0	55,9	56,06	0,12	41,46
CZ	3,3	3,0	72,6	65,38	0,27	31,17
DK	6,7	30,0	95,5	75,38	1,56	9,49
EE	5,0	21,0	90,7	63,78	0,23	27,33
FI	5,5	39,0	50,3	68,73	0,87	16,63
FR	4,8	25,0	101,4	64,08	0,98	34,87
DE	4,0	10,0	91,9	70,33	1,00	45,48
HU	4,1	29,6	82,6	55,05	0,47	42,44
IS	6,2	23,1	95,3	78,33	0,78	6,91
IL	4,6	30,0	89,4	59,21	0,19	20,25
IT	3,9	8,0	95,9	57,35	0,46	44,60
JP	3,2	28,0	87,8	70,46	0,30	28,53
KR	3,7	43,0	32,3	62,94	0,43	0,51
LV	3,9	21,4	92,4	60,35	0,31	25,81
NZ	6,0	41,0	90,7	72,80	0,32	6,41
NO	8,1	29,0	95,0	76,43	0,59	7,68
PL	4,3	15,0	47,1	59,38	0,62	25,22
PT	4,2	8,8	77,2	66,08	0,74	44,21
SK	3,0	5,0	67,2	60,18	0,25	50,90
SI	4,6	13,0	81,4	67,53	0,34	30,07
ES	3,9	28,0	98,7	59,95	0,84	23,80
SE	5,8	24,0	91,2	72,20	0,92	12,78
CH	4,4	4,5	25,0	79,00	0,56	30,11
TR	3,9	12,0	8,9	44,23	0,27	25,28
GB	5,3	25,0	88,6	69,88	0,40	24,52
US	4,9	8,0	46,3	67,63	0,16	16,25

Quelle: Alle Daten entnommen aus der OECD Statistik (<https://data.oecd.org>).

¹ Anmerkungen: Ausgaben in Prozent des Bruttoinlandsprodukts; Quelle: OECD (AT, LV, NZ, TR, GB: Daten für 2012).

² Anmerkungen: Anteil der 25- bis 44-Jährigen mit tertiärem Bildungsabschluss, deren Eltern über einen höchstens sekundären Bildungsabschluss verfügen; Quelle: OECD (CL, IL, NZ, SI, TR: Daten für 2015; HU, IS, LV, PT, CH: Daten imputiert).

³ Anmerkungen: Anteil der 3- bis 4-jährigen Kinder in vorschulischer Betreuung; Quelle: OECD (LV: Daten imputiert).

⁴ Anmerkungen: Anteil der erwerbstätigen Frauen an allen Frauen im Erwerbsalter; Quelle: OECD.

⁵ Anmerkungen: Ausgaben in Prozent des Bruttoinlandsprodukts; Quelle: OECD (IS, TR: Daten imputiert).

⁶ Anmerkungen: Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen; Quelle: OECD (CL: Daten imputiert).

